

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen
in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 4. Februar 2010

Viel Arbeit für Pfleger

Die Menschen werden immer älter – und mit jedem Jahr jenseits der 65 steigt das Risiko, zum Pflegefall zu werden, überproportional an. Bis zum Alter von 54 Jahren benötigt nicht einmal jeder Hundertste professionelle Hilfe – in der Gruppe der 75- bis 79-Jährigen kommt dagegen schon jeder Zehnte nicht mehr alleine zu recht. Menschen im noch weiter fortgeschrittenen Alter sind praktisch komplett auf Unterstützung angewiesen. Dabei reicht es auch nicht mehr aus, dass eine Pflegekraft für ein paar Stunden zu Hause vorbeischaud – vielmehr ist der

Umzug in ein Pflegeheim meist unumgänglich. Kommen bei den 60- bis 64-Jährigen auf einen stationär versorgten Patienten noch drei Fälle, die in den eigenen vier Wänden gepflegt werden können, ist das Verhältnis bei den über 90-Jährigen eins zu eins. Mit der älter werdenden Gesellschaft steht der Pflegemarkt einerseits für große Wachstumspotenziale. Andererseits tickt aufgrund des altersabhängigen Risikos in der umlagefinanzierten Pflegeversicherung eine demografische Zeitbombe. Sie ließe sich durch ein kapitalgedecktes System entschärfen.

In dieser Woche

Innovationsfähigkeit: Die deutschen Unternehmen sind im internationalen Vergleich besonders innovationsfähig. Dies verdanken sie unter anderem ihrem hochqualifizierten naturwissenschaftlich-technischen Personal. Doch der deutsche Spitzenplatz ist gefährdet. Seite 2

Der Arbeitsmarkt: Noch ist die Befristung von Arbeitsverträgen in Deutschland stark reguliert. So dürfen Arbeitnehmer, die bereits einmal im Betrieb beschäftigt waren, derzeit nicht erneut ohne Sachgrund befristet angestellt werden. Dieses Verbot will die Bundesregierung nun kippen. Seite 3

Tarifrunde: In den kommenden Tarifverhandlungen wird es vor allem in der Industrie um die Beschäftigungssicherung gehen. Im Öffentlichen Dienst verlangen die Gewerkschaften dagegen kräftige Lohnerhöhungen. Dabei trifft die Krise die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr am stärksten. Seite 4-5

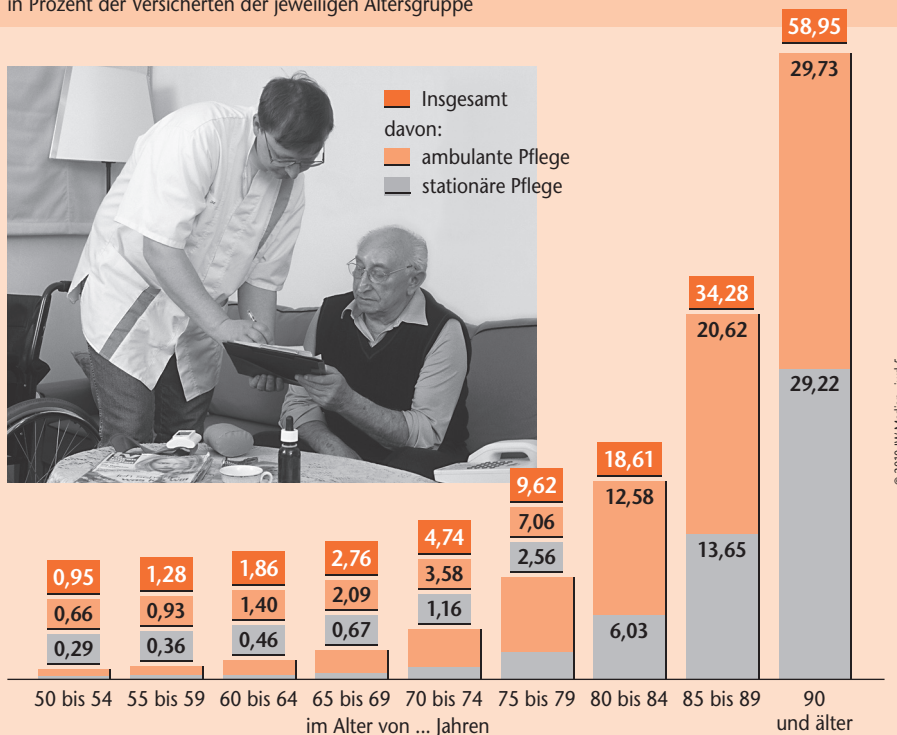
Internetwirtschaft: Die deutschen Firmen, die ihr Geld mit dem Internet verdienen, blicken einer rosigen Zukunft entgegen. Laut einer Studie des Verbandes der deutschen Internetwirtschaft werden künftig vor allem die in der Online-Werbung aktiven Unternehmen kräftig wachsen. Seite 6

Frauen in der Forschung: Potenziale von Frauen in der Wissenschaft bleiben noch zu großen Teilen ungenutzt. So ist EU-weit in der Industrieforschung erst ein Fünftel aller Stellen mit Frauen besetzt, in der Hochschulforschung ist es nur gut ein Drittel. Seite 7

Entwicklungshilfe: Die internationale Gemeinschaft hat ihre Entwicklungshilfe in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt. Allerdings sind die Industriestaaten von ihren selbst gesteckten Zielen nach wie vor ein ganzes Stück entfernt. Seite 8

Pflegerisiko: Eine Sache des Alters

Leistungsempfänger in der sozialen Pflegeversicherung
in Prozent der Versicherten der jeweiligen Altersgruppe



Versicherte: Stand 1. Juli 2008; Leistungsempfänger: Stand 31. Dezember 2008
Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Innovationsfähigkeit China holt auf

Die deutschen Unternehmen sind im internationalen Vergleich besonders innovationsfähig. Dies verdanken sie unter anderem ihrem hochqualifizierten naturwissenschaftlich-technischen Personal. Der Nachwuchsmangel in diesem Bereich gefährdet jedoch den deutschen Spitzenrang – ebenso der Forscherdrang der chinesischen Konkurrenz.

Zu den grundlegenden Spielregeln der Marktwirtschaft gehört: Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb langfristig vorn bleiben wollen, müssen ihre Kunden immer wieder mit neuen Produktideen und Verfahren überzeugen.

Um herauszufinden, welche Firmen in diesem Rennen die besten Karten haben, lässt die Genfer Stiftung „World Economic Forum“ (WEF) jährlich Führungskräfte aus aller Welt befragen. Im Jahr 2009 beurteilten mehr als 13.000 Experten die Innovationsfähigkeit der in ihrem jeweiligen Land beheimateten Unternehmen. Die Bewertung auf einer siebenstufigen Skala fiel dabei umso höher aus, je stärker die Betriebe eigenständig forschten, statt ausländische Innovationen zu kopieren oder Lizenzen zu erwerben. Das Ergebnis der WEF-Befragung stärkt der deutschen Wirtschaft den Rücken (Grafik):

Mit durchschnittlich 5,9 Punkten attestieren die Führungskräfte den deutschen Unternehmen gleichauf mit Japan die höchste Innovationsfähigkeit der 133 untersuchten Länder.

Diese Spitzenposition verteidigen die hiesigen Firmen seit Jahren. Im jüngsten Ranking verwiesen sie Länder wie die Schweiz, Schweden und Finnland auf die Plätze. Und dies, obwohl gemessen an allen Erwerbstätigen die Eidgenossen und die Skandinavier zum Beispiel deutlich mehr Forscher beschäftigen als die Deutschen.

Ausschlaggebend für das gute Abschneiden der Bundesrepublik sind offensichtlich andere Faktoren – wie das Bildungssystem. So waren die hiesigen Schüler in der internationalen PISA-Studie 2006 in den Naturwissenschaften überdurchschnittlich gut und erzielten auch in Mathematik hohe Punktzahlen.

Fundierte Kenntnisse in diesen Fächern sind wiederum für die Unternehmen am Standort D besonders wichtig, denn viele Innovationen basieren auf naturwissenschaftlichen oder technischen Neuentwicklungen. Ein Indiz für den hohen Bedarf an Technik-Know-how ist, dass die Zahl der arbeitslosen Ingenieure von August 2000 bis Dezember 2009 um 60 Prozent zurückging, während die Arbeitslosigkeit insgesamt nur um 13 Prozent schrumpfte.

Diese Entwicklung ist aber zugleich ein Grund dafür, dass sich Deutschlands

Innovationsfähigkeit zu verschlechtern droht. Die sinkende Zahl arbeitsloser Fachleute ist zwar erfreulich. Allerdings reicht die Zahl der Absolventen mathematisch-technischer Studiengänge schon seit längerem nicht mehr aus, um die Nachfrage der Wirtschaft zu decken. Derzeit fehlen im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) mehr als 33.000 Fachkräfte.

Soll Deutschland seinen ersten Rang in Sachen Innovationskraft behalten, gilt es, Schüler noch stärker für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer zu begeistern und so mittelfristig die Absolventenzahlen in den MINT-Studiengängen zu steigern.

Der deutsche Spitzenplatz auf dem Innovations-Treppchen wird allerdings auch von der internationalen Konkurrenz bedroht – allen voran von China. Das Reich der Mitte hat seine Innovationsfähigkeit laut WEF-Ranking seit 2004 um 0,3 Punkte gesteigert, während Deutschland um 0,4 Zähler absackte. Dass die Unternehmen in Peking, Shanghai und Wuhan inzwischen weniger auf die Imitation westlicher Produkte setzen, sondern verstärkt eigene Neuheiten entwickeln, lässt sich auch aus anderen Daten ablesen:

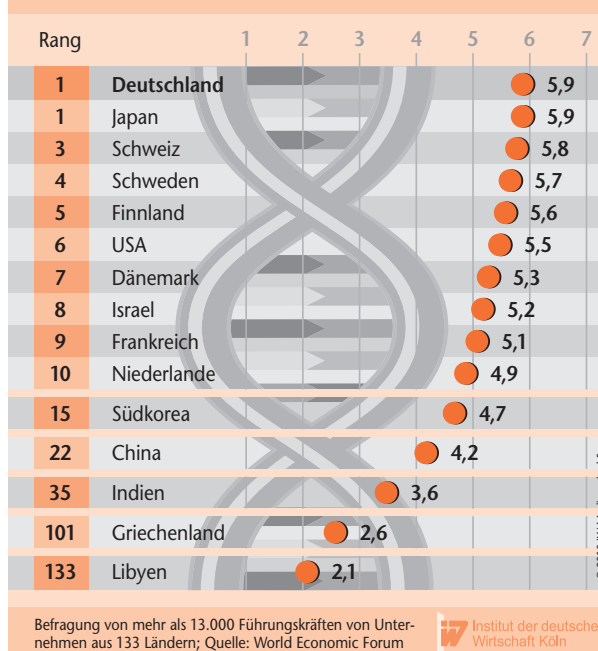
Zwischen 1997 und 2007 erhöhten chinesische Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Jahresdurchschnitt um fast 22 Prozent – die deutschen Firmen legten nur rund 3 Prozent pro Jahr drauf.

Zwischen 1997 und 2007 erhöhten chinesische Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Jahresdurchschnitt um fast 22 Prozent – die deutschen Firmen legten nur rund 3 Prozent pro Jahr drauf.

Kaufkraftbereinigt investierte die chinesische Wirtschaft im Jahr 2007 rund 24 Milliarden Dollar mehr in die Forschung als ihre deutsche Konkurrenz. Dabei kommt den Ostasiaten auch ihr niedrigeres Kostenniveau zugute. So verdienen im Fahrzeugbau beschäftigte Ingenieure in China nicht einmal halb so viel wie ihre deutschen Kollegen.

Innovationen: Deutschland fleißig Forscherland

Um die Innovationsfähigkeit eines Landes im Jahr 2009 zu bewerten, wurden Führungskräfte befragt, auf welchem Wege sich die in ihrem Land ansässigen Unternehmen üblicherweise Technologien beschaffen. Die Bewertung erfolgte auf einer Skala von: 1 = ausschließlich durch Lizenzierung oder Imitation vorhandener ausländischer Technologien, bis 7 = durch eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie Produkt- und Prozessinnovationen



Befristete Beschäftigung: Lockerung in Sicht



Noch ist die Befristung von Arbeitsverträgen in Deutschland stark reguliert. So dürfen Arbeitnehmer, die bereits einmal im Betrieb beschäftigt waren, derzeit nicht erneut ohne Sachgrund befristet angestellt werden. Dieses Verbot will die Bundesregierung nun kippen.

Das Wiederbeschäftigungsverbot für befristet Beschäftigte hat mitunter absurde Folgen: So kann beispielsweise ein Akademiker, der als Student bereits einmal für ein Unternehmen gearbeitet hat, dort nicht mehr ohne sachliche Begründung befristet angestellt werden. Die Betriebe können somit ausgerechnet nur eingeschränkt auf jene ehemaligen Mitarbeiter zurückgreifen, deren Leistungsfähigkeit sie gut kennen.

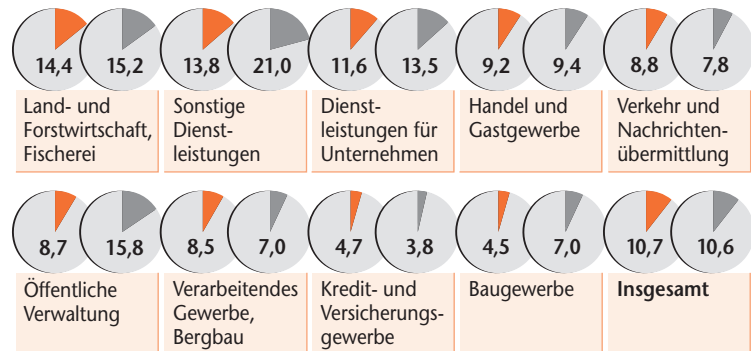
Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung deshalb vereinbart, diese Regulierung zu streichen. Zu einem massiven Anstieg der befristeten Beschäftigung dürfte es im Anschluss dennoch nicht kommen. Langfristig ist die Befristungsquote jedenfalls kaum gestiegen. Außerdem schließen vor allem Jüngere solche Verträge ab – von den Arbeitnehmern unter 30 Jahren hat jeder vierte einen; von den Arbeitnehmern über 50 Jahre sind es weniger als 5 Prozent. Hinzu kommt, dass überdurchschnittlich viele Akademiker ein Arbeitsverhältnis auf Zeit eingehen. Die Hochschulabsolventen gehören aufgrund ihrer guten Beschäftigungschancen aber nun gerade nicht zu den besonders schutzwürdigen Arbeitnehmern.

Die meisten Menschen mit einem befristeten Arbeitsvertrag arbeiten im Dienstleistungssektor. Insbesondere die öffentliche Verwaltung und die sonstigen Dienstleistungsbranchen, zu denen das Bildungs- und Gesundheitswesen gehören, schließen oft befristete Verträge. Auch in der Zeitarbeit kommt diese Arbeitsform häufig vor, allerdings längst nicht so oft, wie manche vielleicht vermuten: Über zwei Drittel aller Zeitarbeiter sind nämlich unbefristet beschäftigt.

Der Arbeitsmarkt

Befristet Beschäftigte: Querbeet im Einsatz

in Prozent der abhängig Beschäftigten ▲ Frauen ▲ Männer

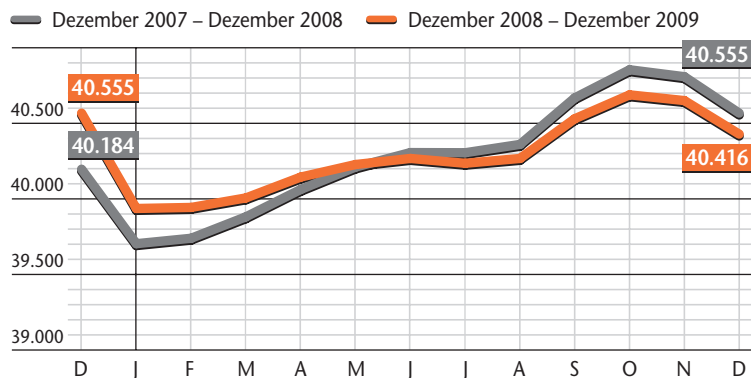


Stand: 2008; ohne Auszubildende; sonstige Dienstleistungen: beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in privaten Haushalten
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

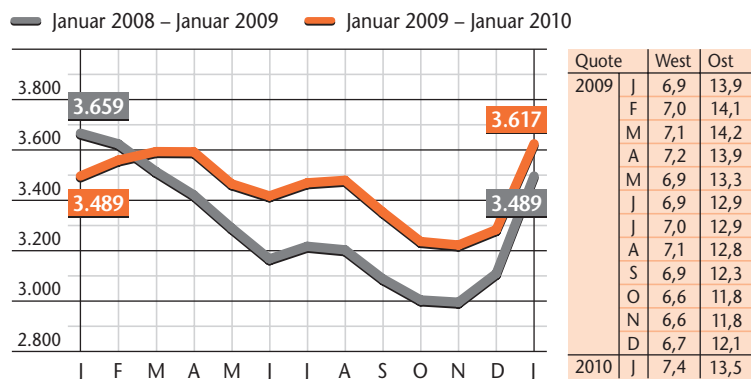


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quote	West	Ost
2009		
J	6,9	13,9
F	7,0	14,1
M	7,1	14,2
A	7,2	13,9
M	6,9	13,3
J	6,9	12,9
J	7,0	12,9
A	7,1	12,8
S	6,9	12,3
O	6,6	11,8
N	6,6	11,8
D	6,7	12,1
2010		
J	7,4	13,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Tarifrunde

Die Krise bestimmt die Spielregeln

Noch ist die Wirtschaftskrise nicht ausgestanden. In den kommenden Tarifverhandlungen rückt daher vor allem in der Industrie die Beschäftigungssicherung ins Visier der Tarifpartner. Im Öffentlichen Dienst verlangen die Gewerkschaften dagegen kräftige Lohnerhöhungen. Dabei trifft die Krise die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr am stärksten, während es in der Industrie allmählich aufwärts geht.

Inzwischen ist es amtlich: Die von der deutschen Volkswirtschaft erbrachte Wertschöpfung ist im vergangenen Jahr um 5 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten ist jedoch nahezu gleich geblieben, weil viele Unternehmen auf Kurzarbeit umgestiegen sind. Folglich ist die Arbeitsproduktivität, also das Verhältnis von Output und Arbeits-

einsetzung, praktisch im gleichen Umfang gesunken – pro Kopf um 4,9 Prozent.

Wenn man die Kurzarbeit berücksichtigt und die Produktivität je Arbeitsstunde ausrechnet, ergibt sich ebenfalls ein negativer Wert. Die Produktivität pro Stunde hat um 2,2 Prozent abgenommen. In den Betrieben geht es offenbar etwas ruhiger zu, die Zahl der Arbeitsstunden wurde

nicht so stark reduziert wie die Produktion. Das gilt vor allem für die Industrie:

Im Verarbeitenden Gewerbe schrumpfte die Stundenproduktivität 2009 um 8,3 Prozent.

Aus dieser Perspektive ist bei den anstehenden Tarifverhandlungen in den nächsten Wochen und Monaten nichts zu verteilen (Tableau). Denn nach der klassischen Lohnformel sollen sich Lohnsteigerungen an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Ansonsten steigen die Kosten für jede Produkteinheit – die sogenannten Lohnstückkosten.

Diese Vorgabe wurde auch lange Zeit beachtet: Zwischen 2000 und 2007 stiegen die Tarifentgelte fast im Einklang mit der Produktivität. Dabei schöpfte das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) den Verteilungsspielraum zunächst nicht vollständig aus. Bis 2007 stiegen die Löhne um 17,4 Prozent, obwohl die Produktivität um 25,5 Prozent zulegte.

In den Jahren 2008/09 hat sich das Bild gewandelt: Die Tariflöhne legten kräftig zu, während die Produktivität schrumpfte. Damit haben die Arbeitnehmer sozusagen zeitverzögert vom letzten Aufschwung profitiert. So sind die Bruttolöhne und -gehälter in den Jahren 2008 und 2009 pro Stunde um 2,3 beziehungsweise 2,9 Prozent gestiegen.

Aufgrund der Kurzarbeit – im Mittel arbeiteten 2009 zwischen Januar und September 1,2 Millionen Arbeitnehmer nicht voll – sind die Lohnerhöhungen aber nicht überall angekommen: In der Pro-Kopf-Betrachtung ergibt sich daher für 2009 bei den Bruttoentgelten ein Minus von 0,4 Prozent, ein Jahr zuvor gab es je Arbeitnehmer noch ein Plus von 2,3 Prozent.

Der Rückgang der Bruttoentgelte wird jedoch teilweise durch das Kurzarbeitergeld aufgefangen; insgesamt flossen so 2009 etwa 3 Milliarden Euro an die Beschäftigten.

Aus der Kurzarbeit und den dadurch verursachten Lohnminderungen lässt sich indes kein lohnpolitischer Nachholbedarf ableiten.

Tarifrunde 2010

Kündigungstermine der Tarifverträge

2009	Branchen	Betroffene Beschäftigte in 1.000	Zuständige Gewerkschaft (Tarifforderung)
Dezember	Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	1.300	ver.di (5 Prozent)
	Ärzte in kommunalen Krankenhäusern	55	Marburger Bund (5 Prozent)
2010			
Februar	Deutsche Lufthansa AG (Boden, Kabine)	65	UFO (gerechtere Verteilung von Bezahlung und Belastung); ver.di
März bis Mai	Chemische Industrie	580	IG BCE (Beschäftigungssicherung mit angemessener Einkommenserhöhung)
	Landwirtschaft	40	IG BAU (5,3 Prozent)
April	M+E-Industrie	3.600	IG Metall (Beschäftigungssicherung)
	Bankgewerbe	240	ver.di
	Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung	95	ver.di
Juni	Deutsche Post AG	130	ver.di
Juli	Deutsche Bahn AG	140	Transnet (mit GDBA); GDL
August	Stahlindustrie	85	IG Metall
	Dachdeckerhandwerk	55	IG BAU
	Papierindustrie	45	IG BCE
September	Reisebürogewerbe	70	ver.di
November	Wohnungs-/Immobilienwirtschaft	50	ver.di
Dezember	Öffentlicher Dienst (Länder)	700	ver.di
	Deutsche Telekom AG	85	ver.di
	Steinkohlenbergbau	40	IG BCE

© 2010 IW Medien • iwd 5

Auswahl; UFO: Unabhängige Flugbegleiter Organisation; IG BCE: Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie; GDBA: Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter; Transnet: Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; GDL: Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
Quellen: BDA-Tarifarchiv, Gewerkschaftsangaben

Anders als die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die mit einer Forderung von 5 Prozent in die Tarifrunde geht, haben die Industriegewerkschaften Metall sowie Bergbau, Chemie, Energie daher auf eine konkrete Lohnforderung verzichtet. In der Industrie geht es vor allem darum, dem Anziehen der Produktion keine Stolpersteine in den Weg zu legen, um das Ausmaß der Kurzarbeit zu reduzieren und die Möglichkeiten der Beschäftigungssicherungs-Tarifverträge (Kasten) zu nutzen. Im Einzelnen:

Metall. In der Metall- und Elektro-Industrie besteht die Möglichkeit, die Arbeitszeit je nach Region von 35 auf 29 oder 30 Stunden abzusenken – und zwar ohne Lohnausgleich. Die Beschäftigten erhalten dafür im Gegenzug eine Jobgarantie.

Die Tarifparteien prüfen momentan, ob es sinnvoll ist, das Stundensoll noch weiter abzusenken, um Jobs zu sichern, und wie sich eine solche Maßnahme finanzieren lässt:

– Die Gewerkschaften plädieren für einen Teillohnausgleich; die Löhne würden also nicht proportional zur Arbeitszeit

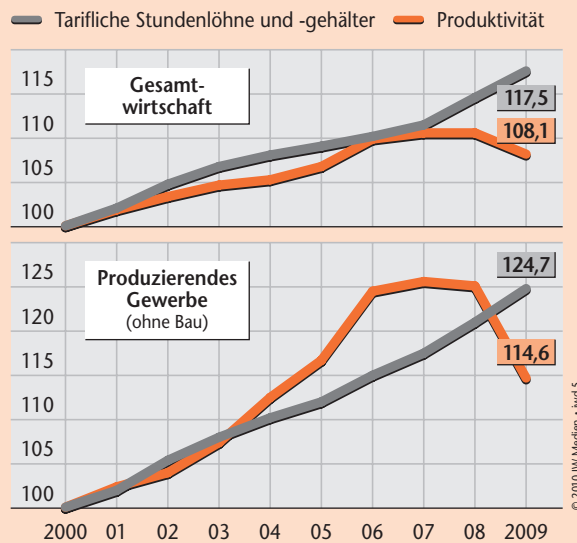
Beschäftigungssicherungs-Tarifverträge

Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, in der Metall- und Elektro-Industrie auch kurz „TV Besch“ genannt, gibt es schon seit 1994. Sie sind eine Art Öffnungsklausel zur Krisenbewältigung. Die Tarifpartner bieten den Betriebsparteien die Möglichkeit, auf verschiedenen Gebieten von den geltenden tariflichen Bestimmungen vor allem in puncto Arbeitszeit (Absenkung) und Monatsentgelt (Reduzierung meist proportional zur Arbeitszeit) abzuweichen.

Im Gegenzug gibt es eine tarifpolitische Neuerung: den Verzicht des Arbeitgebers auf betriebsbedingte Kündigungen während der Laufzeit des Tarifvertrags für den Fall, dass eine Absenkung der Arbeitszeit und des Entgelts vereinbart wurde. Neben der Metall- und Elektro-Industrie existieren solche Regelungen unter anderem auch in der Stahlindustrie, in der Druckindustrie, bei Banken und Versicherungen sowie in der Textilindustrie.

Produktivität: Löhne eilen davon

2000 = 100



Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigtenstunde; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

gekürzt. Das würde jedoch die Lohnkosten auf Stundenbasis verteuern, was viele Unternehmen nicht finanzieren können. – Arbeitgeber und Gewerkschaften möchten daher mit der Bundesagentur für Arbeit einen dritten Finanzier ins Boot holen. Dies hätte für die Agentur den finanziellen Charme, dass sie im Gegenzug weniger Kurzarbeitergeld zahlen müsste.

Chemie. Auch hier steht die Beschäftigungssicherung im Vordergrund. Die Gewerkschaft hat auf eine konkrete Lohnforderung verzichtet, verlangt allerdings eine „angemessene Einkommenserhöhung“. Die wichtigste Aufgabe sei es jedoch, Arbeitsplätze zu erhalten.

Das sehen die Arbeitgeber zwar auch so. Sie betonen aber, dass die Unternehmen durch den tariflichen Zuschuss zum Kurzarbeitergeld belastet seien. Denn die Chemiebetriebe müssen das Kurzarbeitergeld auf bis zu 90 Prozent des Nettoarbeitsentgelts aufstocken – wobei Schichtzulagen und Zuschläge einbezogen sind. Angesichts einer Kapazitätsauslastung von nur 76,8 Prozent sehen die Unternehmen der Chemischen Industrie deshalb keinen Spielraum für Lohnsteigerungen.

Im Servicesektor ist der Ton offensiver. Neben ver.di hat sich die Ärztegewerkschaft Marburger Bund für Lohnsteigerungen in Höhe von 5 Prozent ausgesprochen. Die Forderung für den Öffentlichen

Dienst wird unter anderem mit der verhaltenen Einkommensentwicklung in den vergangenen Jahren begründet. Mit einem Plus von nur rund 14 Prozent seit dem Jahr 2000 hinken Staatsangestellte der allgemeinen Lohnentwicklung hinterher. Es werde dadurch immer schwieriger, qualifizierte Arbeitskräfte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen.

An dieser Argumentation ist auf den ersten Blick etwas dran: Im Durchschnitt aller Branchen betrug der Lohn- und Gehaltsanstieg im vergangenen Jahrzehnt immerhin 17,5 Prozent, im Produzierenden Gewerbe ohne Bau sogar knapp 25 Prozent (Grafik).

Allerdings sind die Tarife im Öffentlichen Dienst zwischen 2007 und 2009 jeweils um mindestens 3 Prozent angestiegen – stärker als in vielen anderen Bereichen.

Dass viele Qualifizierte einen Bogen um die Amtsstuben machen, hat offenbar einen anderen Grund: Mit der großen Tarifreform im Jahr 2005/2006 wurde nämlich ein Grundproblem der Bezahlung im öffentlichen Sektor nicht beseitigt:

Tätigkeiten mit geringeren Qualifikationsanforderungen werden im Vergleich zur Privatwirtschaft überdurchschnittlich gut bezahlt, Arbeiten mit hohen Anforderungen oftmals aber unterdurchschnittlich.

Das liegt zum einen daran, dass die Privatwirtschaft bei Meistern und Akademikern häufig etwas auf das Tarifentgelt drauflegt. Der Nachholbedarf bei den qualifizierten Staatsdienern ist aber auch der Idee einer solidarischen Lohnpolitik geschuldet. Diese setzt auf möglichst geringe Einkommensunterschiede.

So erhielt Anfang 2005 ein lediger Angestellter je nach Qualifikation eine Grundvergütung von 1.509 bis 5.636 Euro. Derzeit liegt die entsprechende Vergütung für neue Mitarbeiter bei 1.377 bis 5.237 Euro. Der Abstand hat sich also trotz der Tarifreform kaum verändert – größer wurde er lediglich durch den Wegfall von Familien- und Ortszuschlag. Pauschale Lohnanhebungen, wie von den Gewerkschaften gefordert, helfen da wenig.

IW-Ökonomen beraten EU-Parlamentarier



Die Ökonomen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) sowie eine Reihe weiterer renommierter Wissenschaftler erteilen den EU-Parlamentariern künftig Nachhilfe in Handelspolitik. Möglich und nötig macht dies der Vertrag von Lissabon, der Anfang Dezember 2009 in Kraft getreten ist: Das Regelwerk räumt den Europa-Abgeordneten ein deutlich größeres Mitspracherecht der Handelspolitik ein. Bis dato durften die Vertreter der Bürger in Handelsfragen lediglich Stellung beziehen: So konnten sich die 736 Abgeordneten in Resolutionen zu handelspolitischen Themen äußern; außerdem hatten sie die Möglichkeit, Anfragen an die Europäische Kommission zu richten. Nur in Sonderfällen besaß das Parlament ein Zustimmungsrecht für Erlasse, die die Handelspolitik betrafen.

Jetzt hingegen können in Brüssel auf den Weg gebrachte Handelsgesetze in der Regel nur noch in Kraft treten, wenn auch die EU-Abgeordneten „Ja“ sagen. Das heißt: Die Parlamentarier müssen bei so gewichtigen Themen wie der Welthandelsrunde mitentscheiden. Daneben geht es aber auch um die Handelspolitik der Europäischen Union selbst: also um bilaterale Handelsabkommen, das Antidumping-Recht, handelspolitische Ursprungsregeln oder um die Frage, inwieweit die EU-Handelspolitik mit der Außenpolitik konform geht.

Damit die EU-Politiker wissen, worüber sie mitbestimmen, haben sie sich per Vertrag das Recht auf externe Beratung in handelspolitischen Themen gesichert. Demnach können die Parlamentarier sowohl für kurze Briefings als auch für längere Analysen ein Experten-Konsortium in Anspruch nehmen und sich die Zusammenhänge in Workshops detailliert erläutern lassen.

Zu diesem Konsortium, das unter der Führung der London School of Economics steht, gehören das Institut der deutschen Wirtschaft Köln, das Center for European Policy Studies in Brüssel und das ebenfalls in London ansässige Overseas Development Institute. Zu den „Nachhilfelehrern“ zählen außerdem Wissenschaftler der auf handelspolitische Fragen spezialisierten Fachbereiche der Universitäten Maastricht, Parma und des Trinity Colleges in Dublin. Vier Jahre lang werden die Ökonomen, Politologen und Juristen das Europäische Parlament in Sachen Handelspolitik beraten.

Internetwirtschaft Wachstum durchs Web

Die deutschen Firmen, die ihr Geld mit dem Internet verdienen, blicken einer rosigen Zukunft entgegen. Die Online-Technologien haben bereits in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung hingelegt. Laut einer Studie des Verbandes der deutschen Internetwirtschaft werden künftig vor allem die in der Online-Werbung aktiven Unternehmen kräftig wachsen.

Bis zur Jahrtausendwende haben Internetfirmen hierzulande wirtschaftlich kaum eine bedeutende Rolle gespielt. Erst in den vergangenen fünf Jahren sind die deutschen Online-Unternehmen zu einem eigenständigen und immer wichtigeren Wirtschaftszweig geworden. Der Verband der deutschen Internetwirtschaft hat daher rund 700 Firmen befragt und auf dieser Basis eine Studie erstellt, die die Performance der insgesamt rund 6.000 Unternehmen der Branche genauer beleuchtet:

Die deutsche Internetwirtschaft hat im Jahr 2008 einen Umsatz von 45,7 Milliarden Euro erzielt.

In die Berechnung gingen allerdings nicht die Handelsumsätze von Online-Shops ein. Am meisten erwirtschaftet haben nach dieser Betrachtung mit knapp 13,1 Milliarden Euro die Anbieter von Festnetz-Anschlüssen – also Unternehmen mit eigenen Netzen, die diese entweder selbst direkt dem Verbraucher anbieten oder anderen Firmen zur Verfügung stellen.

Die Festnetzanbieter stellen mit 42 Prozent zugleich auch die größte Gruppe der Internetunternehmen (Grafik). Allerdings rechnen 37 Prozent dieser Unternehmen künftig mit sinkenden Umsätzen. Ein Grund für den Pessimismus dürften die immer weiter sinkenden Preise für die Anschlüsse sein.

Ein weiterhin gutes Wachstum bescheinigt die Studie hingegen dem Reklamemarkt

im Netz: Die Online-Werber erwirtschafteten 2008 rund 3,8 Milliarden Euro Umsatz – ein Viertel mehr als im Jahr zuvor.

Gute Zukunftsaussichten hat auch der Bereich Internet Exchanges – 63 Prozent der befragten Unternehmen aus dieser Sparte rechnen mit steigenden Umsätzen. Internet Exchanges ermöglichen den Austausch von Daten unterschiedlicher Netzwerkanbieter, sie verbinden also autonome Netzwerke miteinander und machen den Datenfluss überhaupt erst möglich.

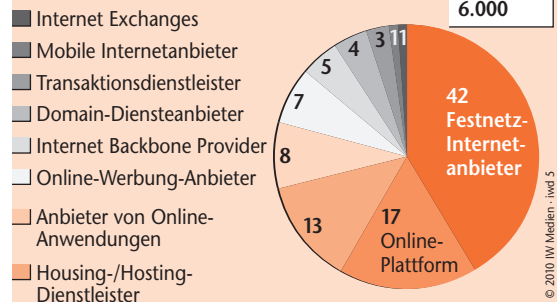
Ein Zukunftsmarkt wird zudem die Vermietung von Software und das sogenannte Cloud Computing werden: Dabei greift der heimische PC nicht mehr auf Programme auf seiner eigenen Festplatte zu, sondern die Software und die dazugehörigen Daten liegen auf einem fernen Server, der über das Internet angesteuert wird.

Die unterm Strich positive Stimmung in der deutschen Internetwirtschaft ist vor allem den steigenden Nutzerzahlen zu verdanken: Im vierten Quartal des vergangenen Jahres waren 72 Prozent der erwachsenen Bundesbürger online – ein Anstieg um 6 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr.

Internetwirtschaft: Große Geschäftswelt

So viel Prozent der deutschen Internetunternehmen waren 2008 in diesem Bereich tätig

Unternehmen insgesamt
6.000



Ohne E-Commerce und Internet-Inhalte-Anbieter; Housing: Unterbringung und Netzanbindung des eigenen Servers in einem externen Rechenzentrum; Hosting: Speicherung von Anwendungen und Diensten auf einem Server im Rechenzentrum; Internet Backbone Provider: vermieten Basisinfrastruktur, verbinden autonome Netzwerke miteinander; Internet Exchanges: ermöglichen Datenaustausch aus Netzen unterschiedlicher Backbone Provider; Quelle: Eco – Verband der deutschen Internetwirtschaft

Forschung

Frauen kommen voran

Potenziale von Frauen in der Wissenschaft bleiben noch zu großen Teilen ungenutzt. So ist EU-weit in der Industrieforschung erst ein Fünftel aller Stellen mit Frauen besetzt, in der Hochschulforschung ist es nur gut ein Drittel. In Deutschland sind weibliche Forscher sogar noch seltener. Aber die Lage bessert sich.

Gesine Schwan, Miriam Meckel und Beatrice Weder di Mauro sind wahrscheinlich Deutschlands prominenteste Professorinnen. Di Mauro, die erste Frau im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ist allerdings gebürtige Schweizerin – und steht damit exemplarisch für ein noch immer großes Manko in Deutschland: Es gibt zu wenige Frauen in der Wissenschaft (Grafik):

In deutschen Industrieunternehmen ist gerade einmal gut ein Zehntel der Forscher weiblichen Geschlechts, in der Hochschulforschung ist es knapp ein Drittel.

Damit liegt Deutschland sogar unterhalb des EU-Durchschnitts. Immerhin haben die Frauen in den vergangenen 20 Jahren zumindest ein bisschen aufgeholt: Wurden im Jahr 1990 knapp 29 Prozent der Promotionen von Frauen abgelegt, waren es im Jahr 2000 bereits 34 und im Jahr 2006 rund 41 Prozent. Es gibt allerdings EU-Staaten, in denen weibliche Titelträger mittlerweile bereits die Mehrheit eines Jahrgangs stellen: Spitzenreiter ist Zypern mit einem Anteil von 66 Prozent promovierten Frauen, gefolgt von Portugal mit 60 Prozent und Litauen mit 59 Prozent.

Die weiblichen Akademiker tummeln sich mit Vorliebe auf bestimmten Feldern: Im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in den Geisteswissenschaften promovierten 2006 in der Europäischen Union mit 54 beziehungsweise 52 Prozent mehr Frauen als Männer, in Deutschland lag die Quote in diesen Fächern nur knapp darunter. Im Gegensatz dazu sind in den Ingenieurwissenschaften Doktorandinnen rar gesät: EU-weit ging nur jeder vierte

Dr.-Ing. an eine Frau, in Deutschland sogar nur gut jeder siebte.

Beim Blick auf die wissenschaftlichen Laufbahnen der Frauen fällt eines auf: Insbesondere an den Universitäten sinkt der Frauenanteil mit jeder Stufe der akademischen Karriereleiter. Zwar hat in ganz Europa in den vergangenen 30 Jahren eine „Feminisierung“ bei den Studenten stattgefunden; allerdings sind die Männer in den meisten Ländern ab der Promotion, spätestens aber ab der Habilitation wieder in der Mehrheit.

So betrug der Frauenanteil an den vollen Professorenstellen EU-weit im Jahr 2006 nur 19 Prozent. Doch hinter diesem Durchschnitt verbergen sich große Differenzen. Besonders in Osteuropa ist Frau Professor gar nicht einmal so selten: In Rumänien etwa waren seinerzeit 32 Prozent der Professoren weiblich, in Lettland 29 Prozent und in Bulgarien 24 Prozent. Das europäische Schlusslicht bildet Malta: Dort waren 2006 nur 2 Prozent aller Vollzeit-Professoren Frauen. In Deutschland lag der Anteil immerhin bei 12 Prozent. Generell gilt zudem: Je älter das Lehr-Kollegium ist, desto seltener findet sich darin eine Frau. Etwas besser ist das zahlenmäßige Verhältnis Mann-Frau innerhalb der jüngeren Generationen.

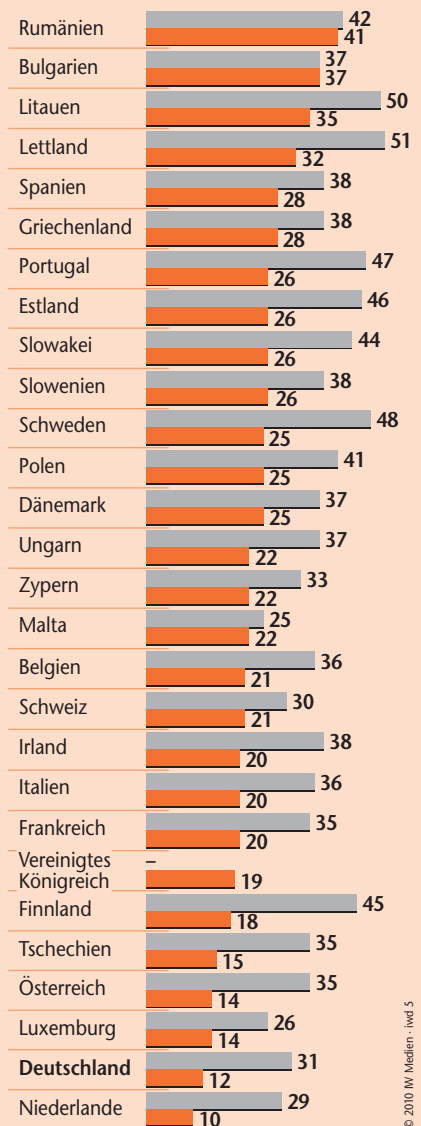
An der Spitze des wissenschaftlichen Hierarchiesystems stehen immer noch sehr wenige Frauen: Im Jahr 2007 hatten nur 13 Prozent der Hochschulen in Europa eine weibliche Leiterin. Den höchsten Wert erzielten Norwegen, Schweden, Finnland, Italien und Estland. Am schlechtesten sah es in Österreich, Luxemburg, Dänemark und der Slowakei aus.

Betrachtet man ausschließlich die Chefetagen von Universitäten, so sinkt der Anteil der Frauen sogar auf nur 9 Prozent im Durchschnitt aller 27 EU-Staaten. Am häufigsten gibt es noch in Schweden, Island, Norwegen und Finnland eine weibliche Uni-Leiterin, wohingegen in Dänemark, Zypern, Litauen und Ungarn keine einzige Universität von einer Frau geführt wird. In Deutschland sind 7 Prozent der Uni-Chefs weiblich.

Wissenschaftlerinnen:
Im Osten gut vertreten

So viel Prozent der Forscher waren im Jahr 2006 weiblich

■ Hochschulen
■ Unternehmen



Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 5

Immerhin hat dieses Ungleichgewicht die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) dazu bewogen, bei der Mittelverteilung mehr auf die Förderung von Frauen zu achten. Eine erste Bilanz der 2008 eingeführten Gleichstellungsstandards soll 2013 gezogen werden. Insgesamt hat die DGF im Jahr 2008 für fast 20.600 Projekte 2,6 Milliarden Euro bewilligt.

Entwicklungshilfe Ziele noch nicht erreicht

Unabhängig von aktuellen Katastrophenhilfen hat die internationale Gemeinschaft ihre Entwicklungshilfe in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt. Das bereitgestellte Geld floss zu großen Teilen nach Afrika, aber auch verstärkt in den Irak und nach Afghanistan. Allerdings sind die Industriestaaten von ihren selbst gesteckten Hilfszielen noch ein ganzes Stück entfernt. Das Erdbeben in Haiti hat eine außergewöhnlich hohe Spendenwelle ausgelöst. Zudem haben viele Länder öffentliche Finanzhilfen bereitgestellt. Doch auch ohne Katastrophen fließen regelmäßig staatliche Gelder in die armen Länder. Haiti etwa erhielt im Jahr 2008 knapp 1 Milliarde Dollar Entwicklungshilfe. Wie Daten der OECD zeigen, stehen auf der Liste der Empfänger allerdings jene Staaten ganz oben, die zuletzt im Zentrum des weltpolitischen Interesses zu finden waren (Grafik):

Im Jahr 2008 kamen dem Irak fast 10 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe zugute; für Afghanistan wurden rund 5 Milliarden Dollar bereitgestellt.

Der Fokus auf die aktuellen Krisenherde zeigt sich auch in der regionalen Verteilung der Entwicklungshilfe. Denn nach den Staaten des südlichen Afrikas bekamen die Länder des Nahen Ostens sowie Süd- und Zentralasiens den größten Batzen.

Entwicklungshilfe: Ein Drittel geht nach Afrika

Staatliche Zahlungen an ... im Jahr 2008 in Milliarden Dollar



Insgesamt stellte die internationale Gemeinschaft den Entwicklungsländern 2008 auf direktem Weg fast 129 Milliarden Dollar zur Verfügung.

Hinzu kamen 36,5 Milliarden Dollar für multilaterale Institutionen wie die Hilfsorganisationen der Weltbank und der Vereinten Nationen, die sich ebenfalls für bedürftige Staaten engagieren.

Die Summe von gut 165 Milliarden Dollar markiert einen neuen Höchststand in Sachen Entwicklungshilfe – gegenüber dem Jahr 2000 wurden die Zahlungen nominal um mehr als 140 Prozent aufgestockt. Rechnet man die Inflation sowie Wechselkursverschiebungen heraus, bleibt ein reales Plus von 63 Prozent.

Darauf dürfen sich die Geberstaaten aber keinesfalls ausruhen. Zumindest die G8 haben sich auf ihrem Treffen im schottischen Gleneagles im Jahr 2005 noch weit ehrgeizigere Ziele gesetzt. Um ihre Zusagen für 2010 einhalten zu können, müssten allein die sieben größten Industrienationen ihre Entwicklungshilfe gegenüber 2008 um mehr als 20 Milliarden Dollar aufstocken. Deutschlands Nachholbedarf beläuft sich auf knapp 4 Milliarden Dollar (vgl. iwd 27/2009).

Immerhin steuerte die Bundesrepublik 2008 mit 14 Milliarden Dollar den zweitgrößten Betrag aller Geberländer bei – hinter den USA (knapp 27 Milliarden Dollar) und vor Großbritannien (rund 12 Milliarden Dollar). Gemessen an der Wirtschaftsleistung nehmen sich diese Summen allerdings weniger üppig aus – in den Vereinigten Staaten machte die Entwicklungshilfe zuletzt nur 0,19 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus; Deutschland lag mit 0,38 Prozent gerade mal im Mittelfeld der Geberländer.

Schweden, Luxemburg und Norwegen verwendeten dagegen immerhin knapp 1 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Entwicklungshilfe.

Mit ihrem Geld unterstützen die Industriestaaten vor allem den Aufbau von Infrastruktur – hierfür wurden 2008 gut 16 Prozent der Zahlungen eingesetzt. Auf die Förderung bestimmter Wirtschaftsbereiche wie des Agrarsektors sowie die Unterstützung der Regierungsarbeit und lokaler Hilfsorganisationen entfielen jeweils 12 Prozent. Weiterhin kommt die Entwicklungshilfe der Gesundheitsförderung, dem Schuldenerlass sowie Bildungszwecken zugute.

Für Adressaufkleber